

Wossische



Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhardt, Verantw. Redakteur im Amt d. Reichsleiter: Carl W. v. Berlin, Druckerei: ausunskripte werden nur zurückgezahlt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postansprache: Zentral-Postamt Ullstein, Amt Döberitz (A 7) 3088-3089
Adressen: Ullsteinhaus, Berlin, Postfachkasten Berlin 690.

Boincare zurückgetreten

Durch die Demission der radikalen Minister gezwungen

Keht er wieder?

Nachrichtenblatt der „Wossischen Zeitung“
1. Paris, 6. November

Das Ministerium ist in seiner Gesamtheit zurückgetreten. Da zu einer Beratung im Einklang vereinigte Minister sind nach einseitig-fürhändigem Gewissensentscheidungen zum Ergebnis gelangt, daß nach dem kurz vorher erfolgten Rücktritt der radikal-fürhändigen Minister das Kabinett der „nationalen Einheit“ als nicht mehr lebensfähig angesehen werden könne, und haben demgemäß beschlossen, dem Präsidenten der Republik die Demission des Gesamtkabinetts anzubieten.

Das Demissionsschreiben Boincaries das den Präsidenten der Republik gerichtet ist, hat folgenden Wortlaut:

„Die vier der radikalen Partei angehörenden Minister, Serret, Sarroux, Queuille und Bertrix, haben heute morgen ihre Demission überreicht. Von der Auffassung ausgehend, daß die Aufrechterhaltung der nationalen Einheit eine Pflicht im Interesse des gesamten Landes ist, habe ich den Mitgliedern des Kabinetts von Anfang an erklärt, daß, wenn einer von ihnen sich zurückziehen wollte, ich mich für verpflichtet halten würde, die Demission des Gesamtkabinetts zu geben. Ich habe die Ehre, Sie Ihnen hiermit zu überreichen.“

Die Regierungserklärung hat hier in politischen Kreisen keine Begeisterung hervorgerufen. Obwohl es zu früh ist, sich über die dadurch geschaffene Lücke ein exaktes Bild zu machen, gilt es als wahrscheinlich, daß der Präsident der Republik zunächst versuchen

wird, Boincari zu bestimmen, die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen.

Da die Kampfanlagen des radikal-fürhändigen Parteilagers sich nicht eigentlich gegen Boincari persönlich, sondern nur gegen die Resolution der Wahlen mit den Parteien der extremen Rechten richtete, hätte Boincari die Möglichkeit, mit den republikanischen Parteien von den republikanischen Sozialisten und Radikalfürhändigen bis hinüber zu den gemäßigten Republikanern der Gruppe Carriou, jedoch unter Ausschluß der im zurückgetretenen Kabinett

von Marin repräsentierten äußersten Rechten ein lebensfähiges Ministerium der republikanischen Konzentration zu bilden.

Die Frage ist nur, ob Boincari, der noch in seinem Demissionsschreiben die absolute Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der nationalen Einheit betont, sich zu dieser Aufgabe bereit finden wird.

Der Präsident der Republik wird heute nachmittag um 3 Uhr seine Resolution beginnen. Er hat zunächst die Präsidenten von Senat und Kommer zu sich gebeten. (Siehe auch 2. Seite.)

Wahltag in Amerika

Rundfunkreden der Kandidaten

Nachrichtenblatt der „Wossischen Zeitung“

1. New York, 8. November

Heute ist also der große Tag, an dem es sich entscheiden soll, wer für die nächsten vier Jahre im „Weißen Haus“ in Washington regieren, welche Partei im letztgenannten „Kabinett“ der Bundesrepublik den Ausschlag geben wird. Dann heute wird nicht nur der neue Präsident gewählt, sondern turnusgemäß auch ein Drittel des Senats und das ganze Repräsentantenhaus. Der Kandidat, der in diesem wochenlangen Wahlkampf die größte Rolle gespielt hat, hat am gestrigen Abend noch einmal allen Rundfunkhörern, und das sind in den Vereinigten Staaten wohl 81 Prozent der erwachsenen Bevölkerung, Gelegenheit gegeben, die heutigen Kandidaten reden zu hören.

Erst sprach der sozialistische Kandidat, Norman Thomas. Da seine Rede ein richtiges Manifestprogramm war, hatte seine Rede auch einen programmatischen Inhalt. Er wußte, daß er doch nicht gewählt wird, aber meinte er, eine Stimme für ihn ist doch keine verlorene Stimme, da die für ihn abgegebene Stimmzahl der Öffentlichkeit beweisen wird, daß es auch in den Vereinigten Staaten Wählermengen gibt, die an Stelle der bisherigen Parteirepublikaner oder demokratischen Politiker wirklich fortschrittliche Ideen setzen wollen.

Nach Thomas sprach Smith. Der Gouverneur von New York vertritt in seiner letzten Rede auf seinen New York als Gouverneur von New York. Er, der Demokrat, habe den an und für sich republikanisch gefärbten Senat eine Verwallung überlassen, er sei für heute nicht präsent, und zwar deshalb, weil er bei den Staatsbeamten nach Tüchtigkeit und nicht nach Parteizugehörigkeit gefragt habe.

Nach Smith hörte man Hoover. Auch er sprach nicht über das Programm seiner Partei. Er richtete einen letzten Appell nicht allein an die Frauen, ihre Wahlpflicht zu erfüllen. Die Frauen sind natürlich für die „Prohibition“, Hoovers größtem Trumpf, und eigentlich auch für die „Prohibition“, deren Bekämpfung Smiths erste Karte ist.

Dann sprach der Wähler Schlofen gegen, um sich auf den heutigen aufzunehmenden Tag vorzubereiten, der ein langer Tag sein wird. Die Rins werden noch in heißen Redebühnen mit einzelnen Wahlkreisen an die Teilnahme werden, und zwar mit dem Rundfunk am Kopf sich endlich ins Bett legen wird, wird noch im Gedächtnis die Stimme des Anführers hören können, der die Stimmgebung entlegener „counties“ in Arizona oder in New-Mexiko vertritt.

Deutschnationale für die Ausgesperrten

Hugenbergs Doppelspiel

Der Berliner „Total-Ausgeber“ veröffentlicht heute gleich zwei Rundgebungen zu der Aussperrung der Arbeiter. Bisher hat man in den Organen des deutschnationalen Parteiverbundes Hugenberg immer wieder lesen können, daß die friedliebenden Unternehmer gezwungen worden seien, die deutsche Wirtschaft gegen den Marxismus und Gewerkschaften zu verteidigen, deren Forderungen so ungesundheitsvoll seien, daß sie nur durch politische Maßnahmen erklärbar seien. Um so erklärter werden die bekanntermaßen Leiter des „Total-Ausgebers“ sein, wenn in ihrem Blatt lesen, daß eine Tagung der deutschnationalen Wirtschaft in Berlin den ausgesetzten Metallarbeitern Werkstätten aus volle Sympathie ausgesprochen und das Vergehen der heutigen Schwereistenandern verurteilt habe.

„Die wahllose Aussperrung“ so heißt es wörtlich, „von einer vierstel Million arbeitswilliger Menschen, unter denen sich Hunderttausende von Mitgliedern des Deutschnationalen Arbeiterbundes, des „Eichhelm“, von wirtschaftsfeindlichen Verbänden und Untergruppen befinden, hat dem Gewerkschaft der Arbeiter eine schreckliche und für die hitzigen Verbundenheit aller Volksgenossen einen schweren Schlag gesetzt und zeigt, daß die Eisen- und Stahl-Industrien der nordwestlichen Gruppe dem so oft betonten Gedanken der Werksgemeinschaft und Werksgemeinschaft keinerlei praktische Bedeutung mehr zumessen.“

Am anderen Stelle des Blattes wird über eine Ansprache von Hugenberg berichtet, der in eigener Person einer deutschnationalen Arbeiterversammlung teilnahm. Diese Arbeiterversammlung sollte eine Rundgebung gegen die Resolution verlesen und dem Kampf gegen die Republik dienen. Groß Wetzlar und der christliche Gewerkschaftler Koch, den die Deutschnationalen innerlich als ihren Vertrauensmann in die Reichsregierung entsandt haben, werden mit ein paar Stellen obogen. Die Rede Hugenbergs wird im Wortlaut mitgeteilt, Man

hätte ermutigen können, daß der Mann, der lieber einen kleinen „Blod“ als einen großen „Buck“ haben will, die Gelegenheiten wahrzunehmen, den deutschnationalen Arbeitern den Standpunkt klar zu machen. Sein wirtliches Ziel ist die Forterrückung der Gewerkschaften und ihre Ersetzung durch wirtschaftsfeindliche Gebilde. Diese Pläne läßt er durch Bang und Dübberberg propagieren und die Eichhelm soll, wenn es nach seinem Willen geht, zu einem Stützpunkt gegen die Arbeiterorganisationen ausgebildet werden.

Hugenberg kann auch anders. Er hat in seiner Rede die Aussperrung beklagt und sie lediglich damit gerechtfertigt, daß es sich um einen „Kampf um die zu kurze Decke“ handelt, der beweise, daß das außen- und innenpolitische Exempel der Jahre seit 1923 nicht aufgehört.“

Diese Umwertung ist höchst unvorsichtig. Aus ihr spricht die Gehaltlosigkeit nach den letzten Tagen der Inflation und des Auftriebs. Damals war Hugenberg, gestützt auf Hugenbergs Pressenmacht, im Begriff, die deutsche Reichsbahn als Privatunternehmen zu erwerben, mit einigen Milliarden, die ihm die Reichsbank zur Verfügung stellte und die sie in entwerfendem Maß zurückzahlen konnte. Wenn man Hugenberg gefolgt hätte, so wäre das Deutsche Reich damals in Hände ausländischer Kapitalisten übergegangen, wie es sich jetzt abspielen, hätte es dann freilich nicht gegeben, weil es dann keine Zahlung gegeben hätte, die der Wirtschaft Gutes und Schäden vorgebrachte hätte.

Die Aussperrung ist, — mag es auch bedröhten werden, — eine Tat im Geiste Hugenbergs. Um die Verteilungsgerechtigkeit rechtlich zu machen, mit der er die Unterdrückung des Dawes-Planes beabsichtigt, muß ein Kampf durchgeführt werden, der die deutsche Volkswirtschaft schwächt und nicht nur dem Arbeiter, sondern auch dem Unternehmer schweres Opfer auferlegt. Die Decke ist zu kurz. Sie soll noch mehr vergrößert werden, im Interesse einer Politik, die, durch keine Erziehung bedingt, an den Verteilungsgerechtigungen festhält.

Thronrede in London

Nachrichtenblatt der „Wossischen Zeitung“
wie London, 6. November

Heute mittag fand inmitten des großen Ansehens die von dem hergebrachten Geremoniell der Krönungsfeier, der Kaiserkrönung und der Krönung und Krönung in Jerusalem und wörmlichen Krönung aller Geisteskräfte die Krönungsfeier der letzten Session dieser Legislaturperiode des englischen Parlaments statt.

Nachdem das Königspaar im Odeon auf den Ehrenstuhl gesetzt worden hatte und dem Unterstanz der Worte des Oberbischöfen erschienen war, erfolgte die Verlesung der Thronrede durch den König. In der Thronrede wird die Volkswirtschaft hervorgehoben, mit der die Regierung die anhaltende Arbeitslosigkeit betrachten, und es werden die Oberbischöfen über die Reformen der Selbstverwaltung, die Reorganisation der Gemeindefinanzen unter Berücksichtigung der Industrie sowie ein Beschluß, das Arbeitslosenfrage gewöhnlich sein werden soll, angekündigt. Ein Oberbischöfen über die Veränderung des Ministeriums und der Exekutivkräfte sowie eine Erklärung über die Verlesung der Redegelegenheiten der drakonischen Telegraphie befinden sich am Programm der neuen Sitzung.

In dem Tolle über Außenpolitik erklärt der König, die englische Regierung habe an allen Stiften des Völkereubens mitgearbeitet. Insbesondere hat die englische Regierung die Verpflichtung zu erfüllen, die die Welt der Völkereubenden den Rücken aufzulegen, indem die englische Regierung gegen den niedrigen Stand gebracht sein, der mit England Sicherheit zu verbinden ist. England habe den Völkereubenden bei dem Bestehen unterliegend, einen Plan für allgemeine Rückführungsbeschränkungen auszusprechen. Mit den Regierungen von Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien und Japan hat England übereingekommen, daß Verhandlungen über eine vollständige und einheitliche Regelung der Rückführungsfrage eingeleitet werden müßten. Obgleich sich England und andere ebenfalls anerkannt haben, daß Verhandlungen über das Ersuchen der deutschen Regierung, eine Räumung des Rheinlandes vorzunehmen, geführt werden müßten.

Die langjährige Freundschaft mit Japan sei eine Garantie für den Frieden im fernem Osten. Japan begreife die Bedürfnisse in China eine Generalregierung zu errichten. Diese Verträge seien nicht nur wichtig für die Sicherheit Englands, sondern auch bedeutsam für den Weltfrieden.

Der Kampfbeschluss der Radikalen

Radikaltendenz der „Wolffischen Zeitung“

Paris, 6. November
Der Parteitag der Radikalen in Angers hat gestern mit einem neuen Domestizierung beendet. Der Vizepräsident unter Führung Clauvins hat noch einmal einen überflüssigen Bericht unterbreitet, um die nationale Einheit, die bereits zum Lobe verurteilt war, nun auch sofort zu erklären.

Der ehemalige Abgeordnete Sulin war beauftragt worden, die große Programmresolution aufzulösen, mit der der Kongress sein Ende finden sollte. Er sollte dabei auf die Entschiedenheit Bezug nehmen, die am 12. Oktober angenommen worden war. Sulin wollte diesen Bericht zunächst mit dem Satz schließen: „Der Parteitag ist einmütig dem Beschlusse, daß die Durchführung dieses Programms unter der Bedingung des Eintrages ist. Sie fordert daher ihre sämtlichen Mitglieder auf, alles zu tun, um das Programm trotzdem zum Ziele zu verfolgen.“ Dieser omnibuse Satz ist auch tatsächlich auf Drängen Clauvins in die Entscheidung eingetragt worden, es sei gelang gerade noch in der letzten Minute, ihn wieder in die früheren Bahnen auszubringen.

Während des Abendessens konzentrierte der Junieminister Corraut mit dem Parteiführer Dubouché und dann wurde folgende omnibuse Resolution angenommen: „Der Parteitag der Radikalen ist nach Kräften seiner Mitglieder einmütig dem Beschlusse, daß die Durchführung dieses Programms unter der Bedingung der nationalen Einheit nicht gefährdet ist. Nur eine Union der Kräfte ist imstande, dieses große Programm durchzuführen und die Hoffnungen der Demokratie zu erfüllen.“

Lord Carnot

Radikaltendenz der „Wolffischen Zeitung“

London, 6. November
Gestern Abend ist im Alter von 79 Jahren an einem Schlaganfall der ehemalige Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Lord Carnot, gestorben.

Arthur Baron Carnot, von seiner Berufung ins Oberhaus im Jahre 1916. Sir Arthur Nicolson, wurde, nachdem er vorher kein Jahr in Madrid verbringt hatte, im Jahre 1900 britischer Botschafter in Petersburg. Hier hat dieser berühmte Diplomat, der in den Jahren 1890 bis zum Jahre 1900 einige Zeit auch in Berlin gewesen war, seine Politik begonnen, die von dem engsten Verhältnis zu England, Frankreich und Russland bestand. Die russisch-französische Entente fand er vor, seine Arbeit war es, die schiedlichen russisch-englischen Gegensätze im nahen und fernem Orient zu ausgleichen, daß ein Verhältnis Englands an diese Entente möglich war. Sogar den perfiden Geist des Hofes hat er hinweggewaschen vermocht. Als er dann im Jahre 1910 als Unterstaatssekretär ins Foreign Office gelang, hat er diese Politik mit Konsequenz und Geschicklichkeit fortgesetzt.

Im Jahre 1916, während des Krieges, hat er sein Amt niedergelegt, er so geschickt mitgegangen hat, trotz er aus dem aktiven Staatsdienst aus.

Ein Sohn des Verstorbenen, Sir Harold Nicolson, ist Botschafter in der Britischen Botschaft in Berlin. Er gehört im übrigen zu den bedeutendsten jungen Schriftstellern Englands und hat zahlreiche Arbeiten über Paul Verlaine, Baudelaire, Zola und Gombrowicz geschrieben.

Japans Kaiserkrönung

Radikaltendenz der „Wolffischen Zeitung“

London, 6. November
Morgen beginnen in Tokio die ausgedehnten Krönungsfeierlichkeiten des Kaisers von Japan, die bis Ende des Monats dauern werden. Bereits am 4. März morgigen beginnt die Feierlichkeiten der Kaiserkrönung, von der sich das Kaiserreich in einer feierlichen Prozession zur Station bewegen wird, um die Stadt nach Koto, wo die eigentlichen Krönungsfeierlichkeiten stattfinden, anzukommen. Von 3 Uhr Nordis bis 4½ Uhr morgens, solange die Prozession andauert, wird sämtlicher Verkehr in einem weiten Teil der Stadt stillgelegt werden. Die Stadt ist für die morgigen Feierlichkeiten bereits in japanischem Stil festlich geschmückt worden. Unter den Festlichkeiten, die aus Aufzügen, dem Bestehen der Prozessionen, werden sich auch die in Tokio akkreditierten Diplomaten der fremden Mächte befinden.

Wichtigsten vom Kongo-Pakt beigetragen
Was aus Washington gemeldet wird, hat jetzt auch die afghanische Regierung die Beitrittserklärung zum Kongo-Pakt überreicht.

Reichstag am 12. November

Ausperrung — Genf — Panzerkreuzer

Der Reichstagsanfang des Reichstages war heute normal, um den Antrag der kommunistischen Fraktion auf sofortige Einberufung des Reichstages zu beraten. Dem kommunistischen Einberufung ist nicht stattgegeben worden. Wohl aber hat man sich im Reichstagsanfang darauf geeinigt, daß die erste Sitzung des Reichstages statt am 18. November schon am Montag, dem 12. November, stattfinden soll. Gleich am ersten Tage soll die Aussprache über die Fiskus-Ausperrung im wesentlichen beschließen erfolgen. Schritte und Unterstellungen hierzu werden, wenn der Fortschritt bis dahin nicht beendet sein sollte, nun fast allen Parteien des Reichstages eingebracht werden.

Auch über das weizner Arbeitsprogramm des Reichstages hat man sich im Reichstagsanfang verständigt. Große Parteien wünschen eine Auseinandersetzung über die auswärtige Politik. Das Stichwort wird eine Interpellation abgeben über die dem Gemeinwohl dienende Beziehungen zwischen den Staatenbeziehungen und die Einberufung der zweiten Dames-Romante. Die Erklärungen zur auswärtigen Politik wird für

die Reichsregierung vorzuschicken Dr. Stresemann abgeben, wenn er auch an den Genfer Besprechungen nicht direkt beteiligt gewesen ist.

Stöcher soll der sozialdemokratische Antrag auf Einberufung des Reichstages am Montag zur Beratung gestellt werden. Die innerpolitische Bedeutung dieses Antrages ist bekannt. Schon jetzt werden Berechnungen darüber angestellt, ob der Antrag Aussicht auf eine Mehrheit hat. Das ist schwer vorzusagen, da es noch nicht genau ist, ob vor allem das Zentrum, das bei der Beendigung des Panzerkreuzers im wesentlichen die Mehrheit im Reichstag abgeben hat, die Zustimmung über den sozialdemokratischen Antrag freigeben wird. Ungeachtet ist im Hinblick des Zentrums eine feste Stimmung gegen den überflüssigen Panzerkreuzer-Bau vorhanden. Sollte dort Fraktionszwang nicht greifen werden, dann ist eine Mehrheit für den sozialdemokratischen Antrag möglich. Wie immer aber auch das Wahlergebnis sein wird, ob der Antrag angenommen oder abgelehnt wird, auf die Verhandlungen über die Große Koalition hat es keine Einwirkung. Die Parteien werden die Entscheidung des Reichstages, wie sie fällt, hinnehmen und der Streit um den Panzerkreuzer wird die Koalitionsverhandlungen nicht befeuern.

Titulesen soll einsteigen

Mit einer provisorischen Regierung

Radikaltendenz der „Wolffischen Zeitung“

Düsseldorf, 6. November
In der Sitzung der räumlichen Kräfte ist ein kurzer Stillstand eingetreten, der hauptsächlich bis Donnerstag, dem Tage der Ankunft des früheren Außenministers Titulescu, andauern wird. Der Reichstagsanfang hat die Demission der Regierung Bratiano angenommen, jedoch hält er daran fest, daß eventuell ein Konzentrationsskabinett gebildet werden. Bratiano hat bei seiner Demission dem Reichstagsanfang zwei Entwürfe vorgelegt; das eine war aus Paris und betrafte die Unterzeichnung der Anticrisis ist beizufolien. Die Bratiano Lesion im Laufe der nächsten Woche in Düsseldorf ist. Die Anticrisis wird am 15. November aufsteigen. Die zweite Demission war aus Berlin. Es heißt darin: „Die Verhandlungen (in den Wirtschaftsverhandlungen) ist ersichtlich. Teilen Sie telegraphisch mit, ob Sie noch irgendwelche Schritte einleiten vor der Unterzeichnung haben.“

Auf Grund dieser Entwürfe wird der Reichstagsanfang, daß nur der englischen Konvention der politischen Lage, die auszuscheiden auf die Auflösung der Kammer nicht hinweisen würde, eine provisorische Regierung gebildet werden, die mit der jetzigen Kammer arbeiten und eine Befriedigung mit Deutsch auf annehmbar könnte, so daß die notwendigen Vorarbeiten über die Durchführung der Anticrisis und der Einberufung noch erledigt werden könnte. Diese Regierung, die etwa 3 bis 4 Wochen am Ruder bleiben würde, sollte am besten aus den Vertretern aller Parteien zusammengesetzt werden. Man hat aber von den Parteien die Lösung zurückgelehnt, obwohl alle anderen Parteien sich dafür erklärt haben. Nun will der Reichstagsanfang Titulescu noch einmal über die Angelegenheiten besprechen und sich darüber aussprechen, eine solche Regierung aufzubehalten.

In politischen Kreisen hält man es aber für ausgeschlossen, daß Titulescu eine solche Aufgabe auf sich nehmen könnte, nachdem die bedeutendste Partei, die Nationale Bauernpartei, kategorisch die Idee einer provisorischen Regierung zurückgelehnt hat.

Die ganze unabhängige Presse scheint einmütig, daß eine Partei aus homogene Regierung gebildet werden; eine solche könnte aber nur die Nationale Bauernpartei unter der Leitung Dantus aufzubehalten. Die Forderungen, die man nur dem Reichstagsanfang ausstellt, wurden bereits vom Diktionskomitee der Partei gutgeheißen. Inzwischen gehen durch die jetzigen Verhandlungen die Lösung der Krise um einige Tage verzögert werden.

Die schwierige Finanzlage des Landes, die den Reichstagsanfang dazu bewog, die Anticrisis nach vor der entscheidenden Wendung in der Politik zu erlösen, wird auch dadurch gekennzeichnet, daß Rumänien am 15. Dezember einige hundert Coupons von 5 Milliarden Lei für die räumliche Rente einzahlen hat.

Falls Manu mit der Bildung der Regierung beizutreten werden sollte und Titulescu das Ministerium übernehmen würde, würde die Anticrisis sofort nach der Beendigung des Reichstages in Berlin verlassen, was er schon früher plante, wenn er jedoch durch Bratiano verhindert wurde. Titulescu würde seine mit Außenminister Dr. Stresemann an der Riviera begonnenen Verhandlungen über die einmütige Regelung aller schwebenden Fragen zwischen Deutschland und Rumänien fortsetzen.

Londoner Stimmen

Radikaltendenz der „Wolffischen Zeitung“

London, 6. November

Im Anstoß von dem völlig unangenehmen englisch-französischen Fiskus-Kompromiß abgesehen, erwidert man hier um so lebhafter die rumänische Anticrisis. In der Sitzung wird angegeben, daß der Reichstagsanfang Titulescu's Antrag als Anticrisis angesehen habe, indem daß die finanziellen Freunde Rumäniens im Ausland in Düsseldorf zu vertreten gegeben haben, daß der Erfolgserfolg einer rumänischen Anticrisis außerordentlich ausgereicht sein würde, wenn zugleich die konservativen englischen Freunde Langens und englische Sibemak und Gogolians, die mit der Diktator Bratiano unzufrieden sind, gegen die Forderung Titulescu, werden würden.

Den höchsten Vorkonflikten wäre ein gegenwärtiger Anticrisis, der sich als Anticrisis erweisen würde, hofft man hier nicht nur auf die Einberufung von Titulescu um Geschäftsmann für Auswärtiges in einem Kabinett der Bauernpartei.

Titulescu's eigene Hoffnungen waren, als er heute morgen London verließ, nicht einmal so hoch gespannt. Zu heftigen Zweifeln hat er sich nicht geäußert haben, daß der Reichstagsanfang nicht unangenehm für ein Geschäft über die Fragen haben würde, wie ein Regierungskabinett eine Anticrisis Manu formiert werden müßte, wie die Anticrisis nicht vor dem Kopf zu haben.

Titulescu's eigene Hoffnungen waren, als er heute morgen London verließ, nicht einmal so hoch gespannt. Zu heftigen Zweifeln hat er sich nicht geäußert haben, daß der Reichstagsanfang nicht unangenehm für ein Geschäft über die Fragen haben würde, wie ein Regierungskabinett eine Anticrisis Manu formiert werden müßte, wie die Anticrisis nicht vor dem Kopf zu haben.

Ludendorffs Schule

Radikaltendenz der „Wolffischen Zeitung“

Düsseldorf, 6. November

Das in der Öffentlichkeit mehrfach erwähnte Geheimerzeugnis hat der Welt, gegen den Widerstand der protestierenden, in der letzten Nacht mit großer Mannigfaltigkeit angegriffen. Mit dem Satz steht man: „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten.“ Auch die Fragen sind angefallen worden. Die Antworten haben einen Sinn und die Antwort ist: „Die Erde hat noch nicht ermittelt, noch stimmt man an, daß es sich um deutsch-jüdische Kräfte handelt.“

Sächsischen Städte im Konflikt?

Radikaltendenz der „Wolffischen Zeitung“

Düsseldorf, 6. November

In einer Sitzung des Kreisvereins des sächsischen Abgeordneten Dr. Gubelitz, die meisten Mitglieder des Reichstages Sachsen werden in abwechselnd Zeit Sauters zu erwidern müssen, wenn sie nicht den Wert der Erhebung von Sachsen aus dem Reichstagsanfang ablehnen. Die sächsische Lage vor dem Reich den Kommunisten bei gleichzeitiger übertragener Sitzung ihrer Einmütigen haben

Leiten aufsteige, Stempel die von den mittleren sächsischen Kreisen während der letzten vier Jahre aufgenommen Anteilen zu Selbst-Transaktionen.

Der amerikanische Konflikt in Leipzig

Der Konflikt der Vereinigten Staaten, Germania da Siles in Leipzig ist ein, insbesondere noch längerem (sachlichen) Leben geworden.

Neue Ministerkonferenz in Rom

Der letzte Außenminister Salas ist zu einer Konferenz mit dem Außenminister Giffand, Sebano, in Rom eingetroffen. Salas hat der Presse erklärt, daß zwar die geplante Konferenz nicht in Rom stattfinden wird, aber die Verhandlung habe, daß der Giffand auf einem vorläufigen Wirtschaftsausschuss bestehe. Komme ein solcher Vertrag zustande, so könnte sogar die Gesamtunion der beiden besetzten politischen Bündnisse gebildet werden. Giffand dagegen halte noch wie vor dem einmütigen Beschluß für einleitend und unangenehm. In der Konferenz werden die Verhandlungen von Salas für die Seite aus der Seite der Stellung für die beiden Seiten, unterteilt, hat der beiden am wichtigsten Verhandlungen aus der Seite zurückgelehnt ist.

Tiziana im Stich

Die Hauptstadt Romens verließ jetzt über ein elektrisches Reichstag. Bei der Eröffnungsgesellschaft wurde die Tiziana im Stich gelassen, was den Reichstag am 1. November 1916. Tiziana erlosch jetzt im hellen Licht.

